

Zwiffriche

Gegegründet



1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zweifach wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt.“ — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeithilder“ und „Literarische Umschau.“ — Mittwoch: „Reise und Wanderung.“ — Donnerstag: „Recht und Leben.“

Wöchentlich 1.—Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Anfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreis: mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein-Gesellschaft: Georg Barkard, Verantw. Redakteur (im Ausw. Handelstelt.): Carl M. s. ch. Berlin. Davel. Manuskripte werden zur Zurückzahlung, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Paraschek-Zentrale Ullstein-G. Am Dösch (A 7) 9000-3669 für den Verkauf Am Dösch 2800-3682. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 9000.

Englische Intervention in Koton

Druck auf Waldemaras

Nachrichtendienst der „Woskischen Zeitung“

sch London, 25 Juli

Chamberlain hat heute im Unterhaus bekanntgegeben, daß die englische Regierung den englischen Gesandten in Koton, der gleichzeitig in Rom akreditiert ist, beauftragt habe, auf den kaiserlichen Außenminister einzuwirken, um die Empfehlungen des Botschafters über die Differenzen zwischen Polen und Litauen zur Anwendung zu bringen. Chamberlain gab bei dieser Gelegenheit die Vermutung Ausdruck, daß ähnliche Schritte auch von Seiten Deutschlands und Frankreichs erfolgen würden.

* Warschau, 25. Juli

Die litauische Note an den Botschafter hat im Warschauer Außenministerium, das diesen litauischen Vorstoß an sich kaum

ernt zu nehmen geneigt war, insofern größere Beachtung gefunden, als man in der litauischen Aufforderung, der Botschafter über die in seiner Botschaftresolution vorgesehenen Organe zur Beilegung von Konflikten zwischen Polen und Litauen einzusetzen, ein Ansinnen hatte erwidert, daß Waldemaras auf die Fortsetzung der bisherigen direkten Verhandlungen zwischen den Delegationen keiner Änderung, als völlig unsichtbar, keinen Wert mehr legt.

Für diese Auslegung scheint auch die Tatsache zu sprechen, daß von dem von Rom aus angekindigten litauischen Vorstoß auf Einberufung der Königsberger Konferenzkonferenz in Litauen nicht das geringste bekannt geworden ist. Im übrigen wird hier erwähnt, daß Polen nicht daran denkt, wegen Situations in den Krieg zu ziehen. Es ist allerdings und bezogene eine zumeist eigenartige Auffassung von den politischen Dingen, wenn man in Litauen aus der Tatsache der Wiederherbeiratige Folgen zuziehen zu müssen glaubt.

Liberalismus

Von
Ludwig Götzt

Der bürgerliche Mensch Europas beginnt einzufühlen, daß das Bürgerium im staatlichen und im wirtschaftlichen Leben wesentliche Positionen eingebüßt, empfindbar Batallien verloren hat. Gerade jetzt nach den Reichstagswahlen beginnt sich das Bewußtsein einer tieferen Zensur und Verpfändung einer verblüffenden und verblüffenden Gemeinheit liberaler und humaner Bürgerlicher Bestrebungen der politischen Wirksamkeit aufs neue mitzutönen. Das deutende Bewußtsein des deutschen Bürgers beginnt sich von der Praxis und Ideologie, von dem gegen parteipolitischen Apparat, der ursprünglich zur Streiterung des fortschrittlichen Bürgeriums ausserdem parlamentarischen Gruppen mehr und mehr abzumenden.

Auf der Suche nach einer konstanten Gemeinsamkeit für die Lösung des privaten und öffentlichen Lebens im Einklang mit Verdienst und Gewissen, das fortschrittlich gefundene Bürgerliche in diesem Sinne, was die Ideale des Liberalismus als Ausdruck einer ganz bestimmten gesellschaftlichen Existenz und Entwicklung verfallen. Es handelt sich darum, ob eine möglichste Idee des Liberalismus in der gegenwärtigen Bedeutung vorhanden ist, daß sich daraus eine programmatheologische Lebensanschauung ableiten lassen in der Politik liberal orientierten Bestrebungen herleiten läßt.

Nach einem Vorwort des Sozialismus ist jeder wahre Liberalismus zugleich konservativ und liberal. Der Liberalismus ist nicht die unmittebare und das große Prinzip der scheinbaren Richtigkeit, sondern ein in sich selbst bestehendes zu können oder auch auf das weltliche und geistige gesellschaftliche Entwicklungsprinzip der bescheidenen Demokratie. Er will die vorgegebene Vereinerung der notwendigen Gesetze im sozialen Sinne eines natürlichen Ausgleichs anstreben und somit aus der erdenden Bewusstseins-politischen Überlegenheit den Weg fortschreitender Entwicklung gehen, fällt revolutionäre Kräfte heraufzubewahren und damit von vornherein den Panzerfortschrittler gefallend, den Panzerfortschrittler, der Liberalismus ist demnach eine plattliche umfassende Anschauung des Menschlichen und Belebenden im Gegensatz zur Einseitigkeit radikaler Vorkämpfer — sei es reaktionärer oder revolutionärer — zu gewinnen. Es wird der Blick auf historische Bindungen und Beziehungen und auf die Gesetzmäßigkeit von soziolem wie Nation, Gesellschaft, Kultur und Bevölkerung gerichtet im Rahmen eines weiteren Raumes wie Welt, Mensch, Recht und Gerechtigkeit.

Dieser recht eigentlich konservativen und historischen Anschauung gestellt sich aber das Bewußtsein eines gefallenden Vermögens hinzu, das dem Satz gesellschaftlicher Entwicklung und der zusammenhängenden Fülle der Beobachtung und Anschauung ganz bestimmte Aufgaben abgemittelt und zu der Verantwortung, diesen Aufgaben gemäß zu handeln. Es schließt sich die Verantwortung des Menschen, die Überlebenskraft und Gebenheit zu Maximen eines klugen gebildeten und bildenden Lebens um. Der gelassenen fast vorwärtigen und zurückhaltenden Anschauung stellt sich die Verantwortung der politischen Verantwortung, die dem Leben gebend, dem Entbehrten hinzu, und in der Durchführung des als richtig Erkannten darf dieser liberale Konservatismus, dieser konservativen Liberalismus seiner Nüchternheit des politischen Lebens an radikaler Entschiedenheit nachgehen. Die liberale Bewegung, die als liberale Bewegung, kommt dem so anders in der Entschiedenheit gearbeitet werden kann wie von energetischer Seite an den Antifachen.

Das ausgeglichene Bestehen des liberalen Geistes hat nicht zu tun mit jener unvollkommenen im Sinne des Menschlichen, die der Mensch im Gedanken und Energien einen politischen Konfort pflegt, der die wesentlichen Kräfte der sozialen und nationalen Gemeinsamkeit befruchtet läßt. Das geordnete Gefüge von Geist und Kultur, das ein bereit liberaler Geist im der Geschichte eines freien und zugleich disziplinären Lebens willen anstrebt, und das im Gegenzuge zu aller lebensdienlichen Gleichgewicht und zu aller geistigen Spannheit steht, verlangt gemäß mehr intellektuellen Schärfe und mehr gesellschaftliche Verantwortung. Die liberalen Menschen einer reaktionären Berorgungsbefähigung, als die intellektuellen Dogmen eines Grunde bürokratischen Nationalismus.

Das ideale Programm und die praktischen Prinzipien des liberalen Systems finden im Grunde an die reformatorische, vornehmlich aber parlamentarische Gesellschaft an; ein andermal an die Gedanken der französischen Aufklärung, besonders in ihrer höheren Umwandlung zu einem fast revolutionären, auf alle Fälle aber sehr republikanischen System. Die liberalen Menschen müssen die geistigen Epäure des deutschen Volkstums fördern die

Die Belgrader Krise beendet?

Das Kabinett Koroseffsch gebildet

Nachrichtendienst der „Woskischen Zeitung“

in Belgrad, 25 Juli

Der bestreite Ministerpräsident Koroseffsch hat heute die Verhandlungen über die Regierungsbildung begonnen. Die demokratische Partei, die Partei der Wohlens sowie die Mehrheit der radikalen Parteien haben sich bereit erklärt, ihn zu unterstützen. Die Regierung Koroseffsch wird sich auf die historische Koalition stützen. Ein kleiner Teil der radikalen Parteien, das sogenannte Zentrum, und die Woskische Gruppe erklärt sich gegen eine Regierung Koroseffsch, weil dieser nicht imstande sei, die Verhängnis des Landes durchzuführen.

Man glaubt aber doch, daß die Regierung aus der erwähnten Grundlage zustande kommen werde. Die „Pravda“ veröffentlicht heute bereits die vorläufige Ministerliste. Der Führer der Demokratischen Partei, Dawidowitsch, soll als Unterrichtsminister ins Kabinett eintreten. Innenminister würde der bisherige Minister für Agrarreform, der radikale Dr. Mladen Obradewitsch, Außenminister würde Mladen Radewitsch; diesen, ferner wieder folgende Posten anvertrickt werden: Justiz, Justiz, Landwirtschaft, Handel, Krieg, öffentliche Gesundheit, Kultur, Post und Telegraph.

Neu würden als Minister in das Kabinett eintreten für Fortt und Bergbau der Demostof Gofin, als wissenschaftl. als Minister für öffentliche Arbeiten Dr. Suman Rybar (Kroat), als Finanzminister der radikale Dr. Subotitsch, als Minister für Agrarreform der radikale Radewitsch und als Minister für soziale Fürsorge der radikale Dr. Jettitsch.

Die neue Regierung bildet bereits morgen den Eid ablegen. Wahrscheinlich wird zunächst das Parlament einzusetzen und erst im September wieder zu einer kurzen Session einzusetzen werden.

Dr. Koroseffsch hat auch den Versuch gemacht, mit Gostowatz Brubitschewitsch, der als Vertreter der beiden großen radikalen Parteien in Belgrad wirkt, in Verbindung zu treten. Dieser aber lehnte scharf die Begegnung mit Koroseffsch ab. Wahrscheinlich gibt Journalisten eine Erklärung ab, worin es heißt, daß diese Begegnung, die sich auf die bisherige Regierungskoalition stützt, als eine Herausforderung der Kroaten angesehen ist, bis unter dem Regime dieser Koalition in der Staatschritte kroatische Abgeordnete ernannt wurden und niemand den Versuch gemacht habe, den Kroaten Gelegenheit zu geben.

Wahrscheinlich teilte mit, er habe sich telephonisch mit Stefan Raditsch in Verbindung gesetzt, der derselben Ansicht ist. Man wolle den Kampf mit den Kroaten, Serben und Slowenen in neuer Gestalt, für die die nationale Einheit keine Sünde ist, fortsetzen. Dr. Koroseffsch ist der Vertreter eines Regimes, das in der Geschichte Jugoslawiens das blutige genannt werden wird. Die Belgrader Spezialpresse greift die in Bildung der gescheiterten Regierung bereits jetzt an und erklärt diese Lösung als die denkbar ungünstigste. Die Agrarpressen äußert sich im selben Sinne.

Die Unterfuchung gegen die Stupschina-Attentäter

Nachrichtendienst der „Woskischen Zeitung“

in Belgrad, 25 Juli

In Agram wurde gestern abend Stefan Raditsch vom Staatsbreitree der Untersuchungsrichters über das blutige Attentat in der Stupschina als Zeuge genommen. Raditsch wurde über die Unterfuchung auf sich politische Mitglieder der serbischen Radikalen und der demokratischen Parlamentarier ausgefragt, besonders auf 23 radikale Abgeordnete, die einen Tag vor dem Attentat einen Antrag des Attentäters Raditsch unterzeichnet hatten, daß er, Stefan Raditsch, einer Ästhetischen Kommission zur Prüfung seines Oeffentliches vorgeführt werde. Weiter forderte Raditsch die Anschuldigung der Unterfuchung auf den Präsidenten der Stupschina, den Raditsch, den früheren Ministerpräsidenten Tschitschewitsch und den Minister des kaiserlichen Hofes Dragomir Janowitsch.

Die „Politika“ meldet heute, daß der Untersuchungsrichter durch das Justizministerium von der Stupschina die Auslieferung von noch zwei Abgeordneten gefordert habe, und zwar die Auslieferung des Demokraten Soma Popowitsch und Sune Janowitsch. Diese beiden sollten vor dem Attentat in der Stupschina Besprechungen gehabt, die darauf führten lassen, daß sie von dem Attentäter Sume Raditsch unterzeichnet gewesen seien.

Sinowjew erhält wieder ein Amt

Nachrichtendienst der „Woskischen Zeitung“

in Moskau, 25 Juli

Als erster der prominenten Oppositionsführer wurde Sinowjew wieder in ein öffentliches Amt, wenn auch nicht in ein politisches und führendes, berufen. Er wurde Mitglied des Verwaltungsrats der kooperativen Zentrale Zentrosfus für die Union der russischen Sowjetrepubliken und für die russische Republik.

Canada an die Mächte

Ottawa, 25 Juli (B. I. B.)

Ministerpräsident Canada teilte den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Amerikas und Italiens mit, daß Japan die Kündigung des Vertrages mit China vom Jahre 1899 nicht annehmen, sich auch nicht auf Verhandlungen über eine Revision des Vertrages einstellen könne wie ohne formellen Mitteilung, daß die Kündigung zurückgegangen ist. Canada gab auch dem Botschafter in Kanada, daß die Regierung von Roming den Geist des ursprünglichen Vertrages über die Einflüsse aus der Goldsteuer und den Goldbesitzern vertritt habe.